

Geschäftsordnung¹⁾

für den Disziplinarrat der Rechtsanwaltskammer Wien

¹⁾ Beschlossen in der ordentlichen Vollversammlung der RAK Wien am 18.4.1991
genehmigt mit B des BMfJ am 22.5.1991, JMZ 16.310/22-I 6/91.

Sitz und Zuständigkeit des Disziplinarrates

- § 1 (1) Der Disziplinarrat der Rechtsanwaltskammer Wien hat seinen Sitz in Wien.
- (2) Er ist zur Ausübung der Disziplinargewalt über alle Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter zuständig, welche zu dem Zeitpunkt als solche in die Liste eingetragen sind, in dem der Kammeranwalt vom Verdacht des Disziplinarvergehens Kenntnis erlangt hat.
- Eine Erweiterung oder Einschränkung dieser Zuständigkeit für bestimmte Standesangehörige ist nur im Falle einer Delegation von einer oder an eine andere(n) Rechtsanwaltskammer gegeben.

Zusammensetzung des Disziplinarrates

- § 2 (1) Der Disziplinarrat besteht mit Einschluß des Präsidenten und der 4 Präsidentenstellvertreter aus 35 Mitgliedern.
- (2) Beim Disziplinarrat fungiert ein Kammeranwalt mit 5 Stellvertretern.

Wahl und Amtsdauer

- § 3 (1) Der Präsident, die übrigen Mitglieder des Disziplinarrates sowie der Kammeranwalt und seine Stellvertreter sind aus den in die Liste der Rechtsanwaltskammer Wien eingetragenen Rechtsanwälten in der ordentlichen Vollversammlung für 3 Jahre zu wählen; sie scheiden vorbehaltlich eines vorzeitigen Ausscheidens, nach der am Ende ihres dritten Amtsjahres in der Vollversammlung erfolgten Neuwahl aus. Eine Wiederwahl ist, auch wiederholt, zulässig.

- (2) Die Ersatzwahl für einen vor Ablauf seiner Amtsdauer Ausscheidenden erfolgt für den Rest der Amtsdauer desselben. Ersatzwahlen können auch in einer außerordentlichen Vollversammlung vorgenommen werden.
- (3) Im Falle der Neuwahl des gesamten Disziplinarrates scheiden nach Ablauf des ersten und des zweiten Amtsjahres je 11 Mitglieder (einschließlich Vizepräsidenten) vorzeitig aus, diese sind durch Los zu bestimmen (§ 9 Abs. 2 DSt). Die Auslosung erfolgt in einer Sitzung des Disziplinarrates unter Vorsitz des Präsidenten oder eines Vizepräsidenten.
- (4) Die Vizepräsidenten werden von der Plenarversammlung des Disziplinarrates aus dessen Mitte in geheimer Abstimmung gewählt; § 24 RAO gilt sinngemäß. Die Funktionsperiode jedes Vizepräsidenten richtet sich sodann nach dessen Amtsdauer im Disziplinarrat gemäß den Bestimmungen in Absatz 1 bis 3. Sofern eine Vakanz sich infolge zeitlichen Ablaufes der Amtsdauer ergibt, hat die Wahl in der jeweils ersten Plenarsitzung des Disziplinarrates nach einer Wahl in der Vollversammlung der Rechtsanwaltskammer Wien (§ 7 Abs. 1 DSt) zu erfolgen; bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vizepräsidenten in der nächstfolgenden Plenarsitzung des Disziplinarrates.

Präsident, Kammeranwalt und deren Stellvertreter

- § 4 (1) Der Präsident hat die Geschäftsführung zu überwachen, erstellt die Geschäftsverteilung nach § 15 Abs. 2 DSt, bestimmt die Untersuchungskommissäre, beruft nach Bedarf die Beratenden Sitzungen des Disziplinarrates ein und sorgt für die Handhabung der Geschäftsordnung.
- (2) Bei Verhinderung des Präsidenten üben dessen Amt die Vizepräsidenten in der Reihenfolge ihrer Amtsdauer als solche aus, bei deren Verhinderung das Mitglied des Disziplinarrates mit der längsten Amtsdauer; bei gleicher Amtsdauer ist das höhere Lebensalter maßgeblich.

- (3) Bei Verhinderung des Kammeranwaltes tritt an seine Stelle der von ihm für diesen Fall bestimmte Stellvertreter, mangels solcher Bestimmung der Stellvertreter mit der längsten Amtsdauer, bei gleicher Amtsdauer der an Lebensjahren älteste.

Registerführung

- § 5 (1) In der Kanzlei der Rechtsanwaltskammer Wien sind die Akten des Disziplinarrates gesondert zu registrieren und zu verwahren. Es sind folgende Register unter Beachtung nachstehender Grundsätze zu führen:

KA-Register

Langen bei der Rechtsanwaltskammer Wien Eingaben ein, die einen allenfalls disziplinar zu untersuchenden Verdacht eines Disziplinarvergehens gegen einen in die Liste der Rechtsanwaltskammer Wien eingetragenen Rechtsanwalt oder Rechtsanwaltsanwärter erkennen lassen, so ist ein KA (Kammeranwalt-)-Akt anzulegen und in laufender Reihenfolge des Einlangens beim Kammeranwalt in das alljährlich zu führende und abzuschließende KA-Register einzutragen und dem Kammeranwalt gemäß § 22 DSt vorzulegen.

D-Register

- a) Beantragt der Kammeranwalt gemäß § 22 Abs. 3 DSt ein Einschreiten des Disziplinarrates, so ist ein D-Akt (Disziplinarakt) anzulegen und in laufender Reihenfolge des Einlangens beim Disziplinarrat in das alljährlich zu führende und abzuschließende D-Register einzutragen. Die Zahl, unter der die Eintragung in das Jahres-D-Register erfolgt, stellt die Geschäftszahl des Disziplinaraktes (D-Zahl) dar.
- b) Langen am selben Tage mehrere Anträge des Kammeranwaltes beim Disziplinarrat ein, so sind die anzulegenden D-Akten in alphabetischer Reihenfolge gemäß den Namen der Disziplinarbeschuldigten in das Register einzutragen. Bei Namensgleichheit bestimmt der Vorname die alphabetische Reihenfolge, bei Gleichheit auch des Vornamens das höhere Lebensalter der Disziplinarbeschuldigten die Reihenfolge der Eintragung.

- c) Ist ein D-Akt gegen mehrere Disziplinarbeschuldigte zu führen, entscheidet der Name des nach obigen Grundsätzen in alphabetischer Reihenfolge zuerst zu reihende Disziplinarbeschuldigten über die Reihenfolge der Eintragung.

DV-Register

- a) In das alljährlich zu führende und abzuschließende DV-Register sind jene Akten in laufender Reihenfolge einzutragen, in denen Einleitungsbeschlüsse (§ 28 Abs. 2 DSt) gefaßt werden.
- b) Werden an einem Tag Einleitungsbeschlüsse in mehreren Disziplinarakten gefaßt oder liegen Namensgleichheiten vor, so sind die Bestimmungen zu lit. b) und c) betreffend D-Register sinngemäß anzuwenden.
- c) Die DV-Zahl ist auf den D-Akten zusätzlich anzubringen.

Namensregister

Ein Verzeichnis der Disziplinarbeschuldigten in alphabetischer Reihenfolge derselben geordnet mit Anführung der D-Zahl, etwaiger DV-Zahl und Geschäftszahl der OBDK, dem Datum der rechtskräftigen Endentscheidung sowie der eingetretenen Tilgung.

- (2) Bei Delegation eines Disziplinarverfahrens aus dem Bereich einer anderen Rechtsanwaltskammer gelten obige Bestimmungen sinngemäß mit der Maßgabe, daß – falls vor Delegation bereits ein Einleitungsbeschluß gefaßt wurde – dem Disziplinarakt gleichzeitig eine D-Zahl und DV-Zahl zuzuordnen ist. Maßgeblich für die Vergabe der D-Zahl bzw. DV-Zahl ist der Tag des Einlangens des Aktes beim Disziplinarrat der Rechtsanwaltskammer Wien.
- (3) Die Bestimmung des Abs. 2 ist sinngemäß auch in jenen Fällen anzuwenden, in welchen ein Einleitungsbeschluß durch die OBDK gefaßt wurde.

Verfahren nach § 29 DSt

- § 6 (1) Erachtet der Präsident, daß die Anzeige schon vom Kammeranwalt zurückzulegen gewesen wäre (§ 22 Abs. 2 DSt) oder das Disziplinarvergehen nach § 3 DSt nicht zu verfolgen ist, kann er die Anzeige sogleich einem von ihm zu bestellenden Senat, welcher aus einem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern des Disziplinarrates zu bestehen hat, zur Beschlußfassung vorlegen.
- (2) findet der Senat nach Anhörung des Kammeranwaltes, daß die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen, hat er die Anzeige zurückzulegen; der Rücklegungsbeschluß ist dem Kammeranwalt sodann gemäß § 29 Abs. 2 DSt zuzuleiten. Erhebt der Kammeranwalt gegen den Rücklegungsbeschluß keine Vorstellung (§ 29 Abs. 2 DSt) hat der Vorsitzende die Veranlassung in sinngemäßer Anwendung des § 28 Abs. 3 DSt zu treffen.

Untersuchungsverfahren

- § 7 (1) Beantragt der Kammeranwalt gemäß § 27 Abs. 1 DSt die Bestellung eines Untersuchungskommissärs, so hat der Präsident, wenn nicht nach § 29 DSt vorgegangen wird, ein Mitglied des Disziplinarrates als Untersuchungskommissär zu bestellen und die Verständigung gemäß § 27 Abs. 1 DSt zu veranlassen. Gleiches gilt, wenn der gemäß § 29 Abs. 1 DSt berufene Senat findet, daß die Voraussetzungen zu einem Rücklegungsbeschluß nicht vorliegen, oder wenn der Kammeranwalt gegen den Rücklegungsbeschluß Vorstellung gemäß § 29 Abs. 2 DSt erhoben hat.
- (2) Der Untersuchungskommissär hat die Erhebungen unter Beachtung der Bestimmungen zu § 27 Abs. 2 bis Abs. 5 DSt durchzuführen und hierüber sodann einen schriftlichen Bericht sowie einen gesonderten Beschlußentwurf zu verfassen, welche mit dem Disziplinarakt dem Präsidenten vorzulegen sind.
- (3) Ergibt sich im Zuge der Erhebungen der Verdacht eines weiteren disziplinären Fehlverhaltens des Beschuldigten, welcher noch nicht vom Antrag des Kammeranwaltes erfaßt ist, hat der Untersuchungskommissär hievon ungesäumt den Kammeranwalt zwecks Entscheidung desselben (§ 22 DSt) zu verständigen.

Beratende Sitzung, Beschlußfassung

- § 8 (1) Der Präsident setzt die Termine für die Beratenden Sitzungen des Disziplinarrates fest, er bestellt ferner die zur Beschlußfassung berufenen Senate.
- (2) Bei Bestellung eines Senates zur Beschlußfassung nach § 28 DSt ist der Untersuchungskommissär als eines der zu bestimmenden Senatsmitglieder zu berücksichtigen, bei Beschlußfassung nach § 19 DSt die jeweilige feste Geschäftsverteilung.
- (3) Vor einer Beschlußfassung ist der Kammeranwalt anzuhören. Dieser darf jedoch bei Beratung und Abstimmung des Senates nicht anwesend sein.
- (4) Der Abstimmungsvorgang bestimmt sich in analoger Anwendung §§ 19 ff StPO bei Beschlußfassung nach § 19 DSt obliegt die Berichterstattung und der Erstantrag dem Vorsitzenden.
- (5) Über jede Beschlußfassung ist eine datierte Niederschrift aufzunehmen, welcher neben der Bezeichnung des Disziplinarfalles die Namen der Senatsmitglieder, von diesen und etwa vom Kammeranwalt gestellte Anträge sowie der gefaßte Beschluß und das Abstimmungsverhältnis hiezu zu entnehmen ist. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.
- (6) Der Vorsitzende des Senates hat die ehestmögliche Ausfertigung der gefaßten Beschlüsse und deren Abfertigung – soweit erforderlich – zu veranlassen, bei Einleitungsbeschlüssen überdies den Disziplinarakt dem Präsidenten zwecks Verfügung gemäß § 30 DSt vorzulegen, bei Einstellungsbeschlüssen hingegen die Veranlassung nach § 28 Abs. 3 DSt zu treffen.
- (7) Die Bestimmung des § 7 Abs. 3 dieser Geschäftsordnung gilt für den beschlußfassenden Senat sinngemäß.

Einstweilige Maßnahmen

- § 9 (1) Vor einer Beratung und Beschlußfassung über eine Einstweilige Maßnahme hat der nach der Geschäftsverteilung zuständige Vorsitzende dem Betroffenen Gelegenheit zur Stellungnahme zu den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen sowie zu den Voraussetzungen einer derartigen Maßnahme zu geben. Hievon kann bei Gefahr im Verzuge abgesehen werden, doch ist diesfalls dem beschuldigten Rechtsanwalt unverzüglich nach Beschlußfassung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (2) Die Bestimmung nach Abs. 1 gilt sinngemäß für Beschlußfassungen über eine Änderung oder Verlängerung einer Einstweiligen Maßnahme, wie auch über Ersatz einer solchen durch eine andere.

Disziplinarverhandlung

- § 10 (1) Der nach der Geschäftsverteilung zuständige Vorsitzende des erkennenden Senates hat Ort, Tag und Stunde der mündlichen Disziplinarverhandlung sowie den oder die Schriftführer zu bestimmen und die Veranlassungen gemäß § 31 DSt zu treffen. Dem Beschuldigten sind gleichzeitig mit der Ladung zur Disziplinarverhandlung die Namen der nach der Geschäftsverteilung berufenen Mitglieder des Senates und der für den Fall einer Ablehnung nach § 26 Abs. 3 oder Ausschließung nach § 33 Abs. 2 DSt nachrückenden Ersatzmitglieder (Ersatzvorsitzende) mitzuteilen. Die Berufung des Untersuchungskommissärs in den erkennenden Senat ist ausgeschlossen.
- (2) Der Vorsitzende leitet die Disziplinarverhandlung. Zu deren Beginn ist dem Kammeranwalt und danach dem Beschuldigten oder seinem Verteidiger Gelegenheit zu Ausführungen gemäß § 36 Abs. 1 DSt zu geben. Anschließend hat der vom Vorsitzenden gemäß § 31 Abs. 1 DSt bestellte Berichterstatter über den Akteninhalt zu referieren.
- (3) Nach Abschluß des Beweisverfahrens und diesem folgende Schlußvorträge (§ 31 Abs. 5 DSt) hat der Senat in Abwesenheit des Kammeranwaltes, des Beschuldigten und seines Verteidigers sowie etwa gemäß § 32 Abs. 1 DSt beigezogener Vertrauenspersonen vorerst über die Schuldfrage sowie Qualifikation nach § 1 Abs. 1 DSt

und gegebenenfalls anschließend gesondert über Art und Ausmaß der Disziplinarstrafe zu beraten und abzustimmen. Hierzu stellt jeweils der Berichterstatter den Erstantrag. Im übrigen richtet sich der Abstimmungsverfahren nach § 8 Abs. 4.

- (4) Über die anlässlich der Beratung gestellten Anträge und gefaßten Beschlüsse ist eine gesonderte Niederschrift aufzunehmen, in welcher die gestellten Anträge und die diesbezüglichen Antragsteller sowie das jeweilige Abstimmungsverhältnis festzuhalten sind. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen.
- (5) Das Erkenntnis und dessen wesentliche Begründung ist sogleich zu verkünden.
- (6) Wird bei der Niederschrift über die mündliche Disziplinarverhandlung (§ 42 DSt) ein Schallträger verwendet, kann die Tonbandaufnahme nach Ablauf von 14 Tagen ab Zustellung der Übertragung an den Kammeranwalt, den Beschuldigten oder dessen Verteidiger gelöscht werden, falls binnen genannter Frist kein Antrag auf Berichtigung der Übertragung beim Disziplinarrat eingelangt ist.
- (7) Der Vorsitzende hat für die eheste Veranlassung der Zustellung nach § 40 DSt Sorge zu tragen, wie auch für die nach Rechtskraft des Erkenntnisses erforderliche Verständigung des Anzeigers.
- (8) Die Bestimmung des § 7 Abs. 3 dieser Geschäftsordnung gilt für den erkennenden Senat sinngemäß.

Auslagenersatz

§ 11 Gemäß § 14 DSt sind den Mitgliedern des Disziplinarrates, dem Kammeranwalt sowie dessen Stellvertretern im Zuge ihrer Tätigkeit ihnen in Disziplinarfällen erwachsende Barauslagen nach folgenden Grundsätzen aus der Kammerkasse zu ersetzen:

- (1) Fahrtspesen für erforderliche Reisen außerhalb Wiens nach den Tarifen eines öffentlichen Verkehrsmittels (1. Klasse), dies auch bei Benützung eines Privatfahrzeuges. Nur in Fällen, in denen die Benützung eines öffentlichen

Verkehrsmittels nicht möglich oder untunlich ist, erfolgt bei Verwendung eines PKWs die Vergütung als Kilometergeld nach den diesbezüglichen amtlichen Sätzen.

- (2) Diäten und Nächtigungsauslagen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden diesbezüglichen einkommenssteuerlichen Bestimmungen für selbständig Erwerbstätige.
- (3) Barauslagen für Herstellung von Fotokopien aus Gerichtsakten und dergleichen gegen Vorlage diesbezüglicher Belege.
- (4) Etwa einem zur Vernehmung zureisenden Zeugen oder Sachverständigen vom Untersuchungskommissär unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des Gebührenanspruchsgesetzes ausbezahlte Beträge gegen Vorlage des Zahlungsbeleges.

Urschriften und Ausfertigungen

- § 12 (1) Die Urschriften von Beschlüssen und Erkenntnissen des Disziplinarrates sind vom Vorsitzenden und vom Berichterstatter zu unterzeichnen und verbleiben im Disziplinarakt, alle sonstigen Schriftstücke vom Präsidenten oder Vizepräsidenten.
- (2) Alle Ausfertigungen von Beschlüssen und Erkenntnissen sind von der Kanzlei der Rechtsanwaltskammer Wien unter Benennung des Vorsitzenden mit dem Beisatz „Für die Richtigkeit der Ausfertigung“ zu unterfertigen und mit dem vom Disziplinarrat geführten Amtssiegel zu versehen. Gleiches gilt für namens des Disziplinarrates abzufertigende Schriftstücke anderer Art (Ladungen, Verfügungen, Verständigungen und dergleichen).
 - (3) Die Bestimmungen nach Abs. 1 und Abs. 2 gelten nicht für Schriftstücke, welche vom Untersuchungskommissär im Rahmen seiner Tätigkeit ausgehen.